

Deutschland-Appell an die UNO

Kein Zurückweichen in Westberlin — Die Rechtsbrüche der Sowjets

Berlin (Eigenmeldung/dpa/ap). In einem dringenden Appell an die Vereinten Nationen hat das Kuratorium Unteilbares Deutschland festgestellt, nicht der Status Berlins, sondern die Unterwerfung von 17 Millionen Deutschen unter ein kommunistisches Kolonialregime sei die schlimmste Hinterlassenschaft des zweiten Weltkrieges. Zugleich als Antwort auf die Äußerungen Chruschtschows in New York betont das Kuratorium nachdrücklich, es dürfe der Sowjetunion nicht länger erlaubt werden, die Berlin-Frage gegen die Deutschland-Frage in den Vordergrund zu schieben. Die Rechtsbrüche und Übergriffe der Sowjets und ihrer Ostberliner Satelliten müßten von den freien und freiheitsliebenden Völkern der ganzen Welt zurückgewiesen werden. Solange man dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigere, werde es keine Entspannung in Europa geben.

Die Erklärung des Kuratoriums ist telegrafisch dem Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen und allen in New York versammelten Delegationschefs der 99 Mitgliedstaaten zugeleitet worden. Zu Beginn der Erklärung heißt es wörtlich: „Unter Einsatz aller ihrer Druck- und Propagandamittel versucht die Sowjetunion Berlin von der Bundesrepublik zu trennen und durch einen Vertragsabschluß mit dem Regime der sowjetischen Besatzungszone die sowjetische Annexion Mittel- und Ostdeutschlands völkerrechtlich zu sichern.“ Der Viermächtestatus Berlins solle Stück um Stück beseitigt werden. Eine Lösung der Berlin-Frage durch Zurückweichen gebe es aber nicht. Es müsse vielmehr sichergestellt werden, daß Berlin gemäß der völkerrechtlichen Verpflichtung der Bundesrepublik in alle internationalen Abkommen einbezogen werde, soweit sie ihrer Natur nach auf Berlin Anwendung finden könnten.

Freie Selbstbestimmung

Angesichts dieser Situation wird vom Kuratorium mit Nachdruck erklärt, die Berlin-Frage gebe es nur als Folge der von der Sowjetunion erzwungenen Teilung Deutschlands. Das deut-

sche Volk wünsche nichts sehnlicher als den Abschluß eines Friedensvertrages. Ein solcher Vertrag aber könne den Frieden nur bringen, wenn er mit einer gesamtdeutschen Regierung in freier Selbstbestimmung beschlossen werde. Kein freier Deutscher werde die Unterschrift unter einen Friedensvertrag setzen, der die Teilung seines Landes sanktioniere. Bei allen Entscheidungen über Deutschland müsse der „unzerstörbare Freiheits- und Einheitswille des deutschen Volkes“ berücksichtigt werden.

Kein Wahlkampf in Berlin

In der Erklärung des Kuratoriums werden mit größter Entschiedenheit Tendenzen zurückgewiesen, zur deutschen Frage zu schweigen, statt das Selbstbestimmungsrecht erst recht auch für das deutsche Volk zu fordern.

Der Appell des Kuratoriums Unteilbares Deutschland an die UNO wurde am Freitag vom Politischen Ausschuß des Kuratoriums auf einer eintägigen Tagung in Berlin gebilligt, die unter Vorsitz von Bundesminister Lemmer stattfand.

Auf einer Veranstaltung im Schöneberger Rathaus warnte der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertre-

tende Vorsitzende des gesamtdeutschen Bundestagsausschusses, Gradl, davor, die Wahlen des Bundeswahlkampfes auch nach Berlin schlagen zu lassen. Unter Hinweis auf die „prominente Beteiligung aus unserer Stadt“, sagte er, jeder Berliner, der am Wahlkampf teilnehme, müsse darauf achten, daß daraus kein Schaden für Berlin entstehe. Das Schicksal Berlins müsse über alle Partei- und Interessengegensätze gestellt werden.

Im Mittelpunkt der Ausführungen Gradls stand die politische Situation Berlins angesichts des kommunistischen „Spektakels“ in New York. „Wir stehen tatsächlich nicht schlechter da als vor zwei Jahren“, sagte er. Im Gegenteil habe Chruschtschows Drohung mit dem Plan einer „Freien Stadt Berlin“ und einem Separat-Friedensvertrag mit der Sowjetzone die festen Bindungen Berlins zu den westlichen Schutzmächten noch gestärkt. Gradl wandte sich gegen Zweifler in der Bundesrepublik, die behaupten, der Westen werde Berlins wegen keinen Krieg beginnen, und betonte: „Es handle sich hier um eine Garantie, die ernst genommen werden muß.“ Der Westen müsse es unbedingt verhindern, daß sich der Ostblock in dieser Hinsicht leichtfertigen Täuschungen hingabe, die in die Katastrophe führen könnten.

Mit den gleichen Fragen beschäftigte sich der SPD-Abgeordnete Mommer als zweiter Redner des Abends. Er erklärte zuversichtlich unter Hinweis auf die Berliner Blockade, der Osten sei zwar zu unbeschränkten Schikanen bereit, schrecke aber davor zurück, über einen bestimmten Punkt hinauszugehen und einen Krieg zu riskieren.

Das deutsche Beispiel

DT. Das New-Yorker Spektakel, das der Unberechenbare aus Moskau 25 Tage lang inszeniert hatte, ist zu Ende. Die Polizei der amerikanischen Weltstadt kann sich wieder ihren Aufgaben widmen. Und die Arbeit in der Vollversammlung der Vereinten Nationen könnte jetzt beginnen, wenn man sich nicht nach dem beispiellosen Auftreten Chruschtschows in der UNO fragen müßte, ob die Periode der Unbeherrschtheiten mit der Heimkehr in den Kreml schon abgeschlossen sei. Das Fragezeichen, das immer über den mutmaßlichen politischen Taten des Kremels hing, ist nach den New-Yorker Szenen nur noch größer geworden. Man konnte sich früher an Moskauer Abreden nicht halten, weil man kaum eine bekam. Man kann es heute noch weniger, weil so viele sich gegenseitig Lügen strafen. Das macht es uns Deutschen besonders schwer, unsere Angelegenheit mit dem Kreml direkt auszuhandeln. Und es erschwert selbstverständlich erst recht unseren Verbündeten, in unserer Sache zum erfolgreichen Fürsprecher in Moskau zu werden.

★

Wir halten nicht viel von der Genugtuung, die mancher dabei empfunden hat, daß Chruschtschow selbst vor dem Forum der Vereinten Nationen das Berlin-Problem und die deutsche Frage überhaupt nur am Rande gestreift hat. Es nützt uns wenig, daraus schließen zu wollen, in der Rangfolge der Krisen rangierten wir jetzt auf einem hinteren Platz. Es hätte nicht erst der beispiellos-verleumderischen Attacken Gomulkas und Novotnys bedurft, die Chruschtschow den jungen afrikanischen Staaten als Ankläger der Bundesrepublik vorstellte, um uns vor Augen zu führen, daß Moskau Deutschland heute nicht mehr mit Überzeugung, sondern mit Macht sturmreif schießen will. Aber Chruschtschow mochte wissen, daß die UNO ihm nicht auf einmal und nicht bei seinem ersten Gewaltakt zu allen Er-

oberungen, die er vorhatte, ihr Placet geben wollte.

★

Er hat sicher viel weniger erreicht, als er gehofft hatte. Doch wir möchten uns im Triumph über seine New-Yorker Niederlagen nicht ruhig niederlegen. Die jungen Mitglieder der Organisation, die er zu einer Art Welt-Volksfront zu gewinnen suchte, sind ihm nur zögernd und auswahlweise gefolgt. Sicherlich hat auch die Bravour, mit der der Generalsekretär Hammarskjöld dem Kreml-Boß die Axt aus der Hand wand, die an das Gebäude der Vereinten Nationen gelegt war, der ganzen Welt imponiert. Aber man soll sich nicht täuschen. Prestige in diesem durch langjährige Ohnmacht ausgewiesenen Weltgremium der Vereinten Nationen büßt man nicht durch schlechte Manieren ein. Eine Erschütterung bleibender Art hat der Berserker aus Moskau durchaus in das so diffizile Gefüge der Weltorganisation hineingetragen. Keiner vermag schon heute zu erkennen, ob die teils schockierten, teils aber auch nachdenklich gewordenen „blockfreien“ Staaten in der UNO nicht dem Polterer wohlwollender nachsinnen, wenn erst seine rauhbeinigen Manöver nicht mehr in den Ohren klingen.

Wenn aber der Stil, den Chruschtschow in die Debatten von New York hineingetragen hat, Schule machen sollte, dann müßte man um die Behandlung der deutschen Frage in der UNO bangen. Es ist wohl verdienstvoll, daß gerade jetzt das Kuratorium Unteilbares Deutschland dem Präsidenten und allen 99 Delegationschefs einen Appell zur deutschen Krise übergeben hat, da der Zerstörer der UNO-Zusammenarbeit nicht mehr am Tatort ist. Doch wir müssen befürchten, daß das Verständnis für

Aufträge annulliert

Frankfurt (dpa). Zu Auftragsannullierungen hat die Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens bei den Generalvertretungen für Büromaschinen sowjetzonaler Produktion in der Bundesrepublik geführt.

unsere Sorgen dort nur sehr schwach entwickelt ist. Gerade die Mehrzahl der jungen Staaten, die in den Verband der Vereinten Nationen eingetreten sind, werden aus ihrer eigenen Entstehung heraus kaum in der von Chruschtschow propagierten These der „zwei deutschen Staaten“ die Möglichkeit eines Unheils für den Weltfrieden erkennen wollen. Es ist von unserer Seite viel versäumt worden, um überall in der zu junger Staatlichkeit erwachenden Welt diese Gedanken hart und mit allen Mitteln populär zu machen, statt sich hilflos wirkenden Aktionen über das „andere Deutschland“, über die Spaltung und dergleichen zu widmen. Manches läßt sich nachholen, was im Glauben daran unterlassen worden ist, daß die Welt nichts lieber täte, als sich ausschließlich mit unserer Sache zu beschäftigen. Wir wünschen, wir könnten diesen Beitrag bei der Kolonialismus-Debatte in New York selbst leisten. Wir sind aber kein Mitglied der Vereinten Nationen.

★

Diese Perspektiven, die der deutschen Frage eine neue und sehr wesentliche Weltbedeutung zuführen können, sind um so gewichtiger, als man erwarten muß, daß Chruschtschow nach dem Drama von New York sich durchaus wieder seiner Lieblingsbeschäftigung Berlin und Deutschland zuwenden wird. Er wird es, je mehr er zur Erkenntnis kommen sollte, daß die Schlacht von New York für ihn mehr Niederlagen als Siege gehabt hat. Den Deutschen, insbesondere den Berlinern, braucht man nicht erst zu sagen, daß sie wenig von den Atempausen halten, die Leute weit weg vom Schuß aus Kreml-Äußerungen dieser und jener Art entnehmen wollen. Sie wissen, daß sie für Moskau die erste und die vorderste Front sind. Und sie sind froh, daß ihre Freunde und Verbündeten dies nun auch wissen und sich mit allem darauf einrichten. Bis vielleicht und hoffentlich zu dem Tag, an dem die ganze Welt den Kreml mit Erfolg darauf festnageln kann, daß das Gegenteil von Kolonialismus die Gewährung von Selbstbestimmung ist.

Nixon und Kennedy stehen zu Berlin

Neue Fernsehdebatte der Präsidentschaftskandidaten — Streit um Matsu und Abrüstung

Washington. — Die Vereinigten Staaten werden auch unter ihrem künftigen Präsidenten ihre Verpflichtungen gegenüber Berlin in vollem Umfang erfüllen und sind entschlossen, die deutsche Hauptstadt gegen einen kommunistischen Angriff notfalls auch militärisch zu verteidigen. Beide amerikanische Präsidentschaftskandidaten, der republikanische Vizepräsident Nixon und der demokratische Senator Kennedy, haben sich am Donnerstag in ihrer dritten Fernsehdebatte mit diesen Erklärungen zur Fortsetzung der bisherigen amerikanischen Berlin-Politik bekannt.

Das Berlin-Problem war im amerikanischen Wahlkampf akut geworden, nachdem Kennedy sich gegen eine Verteidigung von Quemoy und Matsu gegen Rotchina gewandt und bemerkt hatte, die USA sollten sich nicht zur Verteidigung von Gebieten verpflichten, die nur sechzehn Meilen vom kommunistischen Machtbereich entfernt lägen. Nixon hatte daraufhin Kennedy gefragt, ob er als Präsident etwa auch Berlin aufgeben wolle, das mitten im kommunistischen Machtbereich liege.

Kennedy erläuterte daraufhin auf die Frage, ob er notfalls eine militärische Aktion zur Verteidigung Westberlins befürworten würde, die USA müßten ihre Verpflichtungen zum Schutz der Stadt in vollem Umfang erfüllen. Das sei für die Sicherheit Westeuropas lebensnotwendig. Er fügte hinzu, er sei sicher, daß bei der Sowjetunion kein Zweifel über die amerikanische Entschlossenheit zur Verteidigung Berlins herrsche. Nixon erwiderte, die Verpflichtung der USA zum Schutz Westberlins stehe außer Frage.

Um Quemoy

Nixon hielt Kennedy in der Debatte vor, eine Auslieferung der Quemoy- und Matsu-Inseln würde „nicht zum Frieden führen, sondern zum Krieg“. Er verteidigte die Haltung Eisenhowers, sich niemals vor Drohungen und Pressionen zu beugen, weil ein Nachgeben nur neue Forderungen von Seiten der Diktatoren provoziere. Nixon schwächte frühere Erklärungen jedoch mit dem Bemerkten ab, er werde für eine Verteidigung der Inseln nur eintreten, wenn ein Angriff auf diese Inseln als Vorspiel zu einem Angriff auf

Formosa zu werten sei. Scharf wandte sich der Vizepräsident gegen die Unterstellung Kennedys, die Republikaner wollten mit dem Feuer spielen. Er wolle nicht eine Partei als Kriegspartei und die andere als Friedenspartei abstempeln, aber Kennedy möge ihm einen republikanischen Präsidenten der letzten 50 Jahre nennen, der die USA in einen Krieg geführt habe.

Kennedy zitierte in seiner Antwort zu dem Quemoy-Matsu-Problem Erklärungen Eisenhowers und des früheren amerikanischen Außenministers Dulles, denen zufolge sich die Verteidigungspflichten der USA nur auf Formosa und die Pescadorens-Inseln, nicht aber auf Quemoy und Matsu erstreckten. Er zitierte ferner amerikanische Militärs, nach deren Ansicht die beiden Inselgruppen nicht zu verteidigen sind.

Kennedy erklärte in der weiteren Debatte, die amerikanische

Regierung solle unmittelbar nach der Amtsübernahme des neuen Präsidenten im Januar versuchen, die Kontakte mit der Sowjetunion zu erneuern und ein Abkommen über die Kontrolle der Kernwaffenversuche anstreben. Dabei solle auch die Möglichkeit erörtert werden, daß zahlreiche weitere Nationen nun in der Lage seien, sich mit Hilfe der deutschen Erfindung Kernwaffen zu verschaffen. Der demokratische Senator warf der Regierung Eisenhower vor, keinen ernsthaften Versuch zur Lösung des Abrüstungsproblems und der Kernwaffen-Kontrolle unternommen zu haben. Weniger als 100 Menschen hätten sich auf amerikanischer Seite während der letzten Jahre offiziell mit diesen Fragen befaßt.

Nixon erwiderte erregt, Kennedy wisse nicht, was er rede. Das Problem sei in Washington auf höchster Ebene unter Leitung Eisenhowers behandelt worden. Auch er, Nixon, sei für Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr eines atomaren Krieges, aber unter keinen Umständen könne mit Moskau ein Abkommen auf der Basis bloßen Vertrauens ohne konkrete Sicherungen geschlossen werden.

Durch zwei Brillen

Bei der Diskussion um die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft gingen die beiden Kandidaten von unterschiedlichen Standpunkten aus: Nixon erklarte, das Wirtschaftswachstum in den USA sei in den acht republikanischen Jahren doppelt so hoch gewesen wie unter der demokratischen Regierung zuvor, Kennedy kontrerte, die USA hätten 1959 mit 2,5 Prozent eine der geringsten Wachstumsquoten der Industriestaaten erreicht. Auf die Goldabflüsse in Höhe von vier Milliarden Dollar während der letzten drei Jahre hingewiesen, befürwortete Nixon die Übernahme eines größeren Teils der Auslandshilfe durch die Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg amerikanische Hilfe erhalten und sich nun völlig erholt hätten.

Raymond Lehr

Preise bleiben stabil

Bonn (upi/ap). Eine ruhige Entwicklung auf dem Preisgebiet sei gesichert und alle Preisbefürchtungen für das Weihnachtsgeschäft unbegründet. Dies haben Vertreter des Handels Bundeskanzler Adenauer und Bundeswirtschaftsminister Erhard versichert. Der Kanzler hatte zusammen mit Erhard die Spitzen des Handels, darunter den Vorsitzenden des Gesamtverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels, Konsul Dietz, und den Präsidenten der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Schmitz, zu einer Aussprache empfangen.

Gebt Hermann Flade frei!

Vor zehn Jahren wurde der Oberschüler in der Zone verhaftet

DT. Vor zehn Jahren, in der Nacht zum 15. Oktober 1950, wurde der achtzehnjährige Oberschüler Hermann Josef Flade von zwei Volkspolizisten in Olbernhau (Erzgebirge) gestellt, als er einige der mit Hilfe eines Druckkastens produzierten 150 Flugblätter verbreitete, die gegen die Einheitsliste der „Volkswahlen“ protestieren sollten.

Flade wehrte sich bei der Festnahme mit einem Messer, wobei er einen Volkspolizisten verletzte. Als der Vorsitzende der Zweiten Großen Strafkammer des Oberlandesgerichts zu Dresden, Hartlich, im Januar 1951 das Todesurteil gegen den Oberschüler verhängt hatte, machten wir im TAG vom 17. 1. 1951 die Welt auf dieses Urteil aufmerksam. Längst war der Volkspolizist wieder genesen. Der Oberschüler sollte auf das Schafott.

Damals schrieben wir: „Dies könnte und müßte für ein Volk mit echtem Staatsbewußtsein ein Fanal sein. Ein Fanal, in ganz Deutschland für diesen Todeskandidaten einzutreten. Vielleicht wäre es durch eine breite Wirkung einer Flade-Aktion noch möglich, den Achtzehnjährigen vor dem Schafott zu retten.“

Die Empörung war groß in dem damaligen Deutschland. Flade wurde nicht hingerichtet. Für 15 Jahre schickte man ihn ins Zuchthaus. Zehn Jahre hat er davon abgessen. Trotz einer schweren Tbc-Erkrankung wurde er nicht entlassen.

In diesen Tagen werden die Häftlinge in der Zone überprüft, um 12 000 von ihnen für den Gnadenerlaß anlässlich Wal-

ter Ulbrichts Ernennung zum Vorsitzenden des Staatsrates auszusuchen. Flade fielen unter die Amnestie, denn er hat zwei Drittel seiner Strafe verbüßt.

Wir wissen nicht, ob er Ende November aus dem Zuchthaus entlassen wird. Aber es könnte doch sein, daß sich in diesem tragischen Fall einmal das Herz derer erweichen ließe, die in Ostberlin über die Amnestiewürdigkeit befinden.

Wenn das Regime glaubt, es sei immer noch so schwach wie im Jahre 1950 und 1951, als es einen Achtzehnjährigen zum Tode verurteilen mußte, der erst zwei Wochen vor den sogenannten „Volkswahlen“ aktiv wurde und bis zu dieser Zeit sich nichts zuschulden kommen ließ — dann müssen wir daran zweifeln, daß Flade amnestiert wird.

Hermann Josef Flade mag ein Symbol geworden sein oder nicht, denn die Menschen vergessen schnell. Aber er ist ein junger Deutscher, ein Mensch, der nach zehn Jahren Zuchthaus, in denen ihm seine Jugend zertrümmert wurde, einer Amnestie wohl würdig wäre. Das freie Deutschland wünscht es ebenso wie das unfreie Deutschland.

C. W.

IG Metall tagt in Berlin

DT. In Berlin begann der 6. Gewerkschaftstag der IG Metall. Er verspricht interessant zu werden. Die größte Einzelgewerkschaft mit 1,8 Millionen Mitgliedern, deren Aktivität in der gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzung die einen rühmen und die anderen fürchten, wird hier unmittelbar unter den Augen Pankows ihre Marschrichtung für die nächsten zwei Jahre festlegen. Besondere Beachtung dürfte dabei die Antwort auf die Frage finden, ob die Metallarbeitergewerkschaft sich auf der Linie des Münchener DGB-Grundsatzprogramms

von 1955 halten oder man sich prinzipiell dem „New Look“ des Godesberger SPD-Programms nähern wird. Diese Diskussion würde zugleich über den Meinungsstreit zwischen dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Rosenberg und dem mächtigen Boß der IG Metall, Brenner, Aufschluß geben.

35-Stunden-Woche?

Brenner hat sich mehrfach scharf für die im Münchener Programm geforderte strenge Wirtschaftslenkung und zugleich für die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemein-

eigentum eingesetzt, während Rosenberg auf dem Stuttgarter DGB-Bundeskongreß 1959 für eine Annäherung an die weichere wirtschaftspolitische Konzeption der SPD eintrat, die bekanntlich eine weniger stramme Form der Wirtschaftsplanung vorsieht und auf dem Gebiet der Verstaatlichung der Grundstoffindustrien sich alle Türen offenhält.

Vor dem Hintergrund dieses Prinzipienstreits wird Brenner gewiß versuchen, seine eigene Stellung als Führer jener Gewerkschaft, die sich auf ihre Schrittmacherrolle in der sozialen Auseinandersetzung etwas zugute hält, zu festigen. Am Vorabend des Berliner Kongresses stellte er erneut die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie als durchaus realisierbar hin.

Thema „Ostkontakte“

Es erscheint bemerkenswert, daß von den über 400 Anträgen, die dem Kongreß vorliegen, über 60 zu politischen Fragen Stellung nehmen. Besondere Beachtung wird man gerade hier in Berlin dem Thema „Ostkontakte“ schenken müssen. 17 Anträge wurden dazu eingebracht, von denen die Mehrzahl solche Kontakte verlangt. Die Bezirksstelle Rheinhausen fordert sogar einen „Delegationsaustausch von West und Ost und umgekehrt, um die sozialen und kulturellen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennenzulernen“. Ein Antrag aus Hamburg lehnt dagegen diese Kontakte mit aller Schärfe ab. Der Bezirk Berlin erhebt die Forderung einer verstärkten politischen Aktivität der IG Metall vor den Bundestagswahlen 1961. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, zugunsten welcher Partei sich solche Aktivität auszuwirken hätte.

Der Entschluß der IG Metall, den Kongreß nach Berlin einzu-berufen, ist begrüßenswert. Die einzigartige Situation dieser Stadt dürfte auf die 355 Delegierten ihre Wirkung nicht verfehlen. Es wäre wünschenswert, wenn sich die politische Ver-nunft hier in einer Weise manifestiert, die Pankow zu der Einsicht zwingt, daß die Metall-arbeiterschaft der Bundesrepublik ein konstruktiver Baustein dieses Staates ist.

Pankow in einer Zwangslage

DT. Nach den „Störungen“ im Warenverkehr zwischen Westberlin und Polen hat Pankow jetzt seine Bereitschaft erkennen lassen, über die Fortsetzung des Interzonenhandels nach Ablauf dieses Jahres zu verhandeln. Wenn diese Bereitschaft bisher auch in ihren Formulierungen keineswegs eindeutig zeigt, daß Pankow die politischen Bedingungen des Westens in vollem Umfang zu akzeptieren gedenkt, so entspringt sie doch zweifellos einer wirtschaftlichen Zwangslage. Alle Beteuerungen, man werde notfalls die bisher aus der Bundesrepublik bezogenen Waren auch anderswo erhalten, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich in Pankow und wahrscheinlich auch in Moskau vor schweren Störungen im Planablauf sieht. Nicht die Menge und der Geldwert der Bezüge aus der Bundesrepublik sind entscheidend, sondern die Art der Waren, die zu einem wesentlichen Teil dazu bestimmt sind, die Industrialisierung des Ostblocks nach den Vorstellungen Moskaus voranzutreiben.

Ähnlich verhält es sich mit dem Warenverkehr zwischen Westberlin und den Ostblockstaaten. Die Störaktionen Pankows beschränkten sich wohlweislich darauf, die Einfuhren nach Westberlin zu behindern. Die Ausfuhren sollten, wenn nicht alles täuscht, reibungslos fortgesetzt werden. Denn auch sie sind noch unentbehrlich für den Aufbau und die Ausdehnung der schwerindustriellen Kapazität des Ostblocks. Nach den amtlichen Westberliner Unterlagen wurden im ersten Halbjahr 1960 Waren im Gesamtwert von rund 38 Millionen D-Mark in den Ostblock einschließlich Rotchinas ausgeführt. Das gesamte Export-Volumen Westberlins belief sich in der gleichen Zeit auf rund 558 Millionen D-Mark. Dieses Verhältnis besagt wenig. Es hat Gewicht erst durch die Warengattungen, von denen elektrotechnische Erzeugnisse, Kraft-, Werkzeug- und andere Maschinen weitaus an der Spitze stehen. Sie kann die nach Moskaus Befehl integrierte Wirtschaft des Ostblocks von heute auf morgen weder entbehren noch von anderer Stelle beziehen.

Umgekehrt hat Westberlin in der gleichen Zeit insgesamt für rund 296 Millionen DM Waren eingeführt, davon für 60 Millionen DM aus dem Ostblock. Darunter befanden sich zwar beträchtliche Mengen von Rohmaterialien und Halbwaren, deren Ausfall für die Westberliner Wirtschaft im Augenblick von Bedeutung wäre, die aber mit Gewißheit auf dem Weltmarkt zu erwerben wären. In der Hauptsache handelt es sich bei

den Westberliner Importen aus dem Ostblock aber um landwirtschaftliche Erzeugnisse, die zweifellos ohne weiteres aus anderen Ländern der freien Welt, zum Teil aus der Bundesrepublik bezogen werden könnten. Eine ernsthafte und nachhaltige Behinderung dieses Warenstroms fiele also letztlich eindeutig zuungunsten Pankows, ja des ganzen Ostblocks aus. Diese Tatsache erklärt die gewiß nicht freiwillige Verhandlungsbereitschaft des Ostberliner Außenhandelsministeriums.

Frankreich bleibt Bündnistreu

Debré vor der Nationalversammlung — Weiter für Atomwaffen

Von unserem Korrespondenten

A. R. Paris. — Der französische Premierminister Debré brachte in der Nationalversammlung formell eine Vorlage der Regierung ein, die den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht Frankreichs vorsieht. Er forderte ferner eine Reorganisation der NATO, betonte jedoch, daß Frankreich die westliche Allianz auf keinen Fall schwächen wolle. Debré meinte, daß die Modernisierung der französischen Armee und eine Steigerung des Verteidigungspotentials durch Atomwaffen auch der NATO zugute komme und die Position Frankreichs innerhalb der Allianz stärken werde.

Debré begnügte sich nicht damit, nur auf die militärische Seite des Regierungsprojekts einzugehen. Er kam auch ausführlich auf die Außenpolitik Frankreichs zu sprechen. Seine Rede war ein klares und eindringliches Treuebekenntnis zum Westen, zur absoluten Solidarität in Europa wie im Verhältnis zu allen Atlantikpaktstaaten. Frankreich denke gar nicht daran, eine sogenannte dritte Kraft in Europa zu schaffen oder gar einer neutralistischen Politik Vorschub zu leisten. Vor allem ohne eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit und Freundschaft könne, so sagte er, an eine wirksame Verteidigung Europas überhaupt nicht gedacht werden.

Die französische Regierung sei allerdings der Meinung, daß der Atlantikpakt in einigen Punkten geändert und verbessert werden müsse. Debré verlangte die Schaffung einer „politischen Spitze der NATO“, wobei Frankreich selbstverständlich beteiligt werden wolle. Frankreich befürworte auch die militärische Integration in der NATO, doch sollten Regierung und Parlament die Kon-

trolle über die Verteidigungspolitik des Landes behalten. Die NATO-Allianz könne auf die Dauer nur wirksam sein, wenn sie über den Rahmen eines „regionalen Paktes“ hinausgehe und die Politik des Westens überall in der Welt vereinheitliche. Wörtlich sagte Debré: „Obwohl Frankreich den Westen in Algerien verteidige, wie es jeden Tag offensichtlich wird, ist die westliche Solidarität dort nicht wirksam.“

Der französische Staatspräsident de Gaulle hat sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament ausgesprochen. De Gaulle vertrat gegenüber dem Präsidenten der Nationalversammlung, Chaban-Delmas, die Ansicht, daß er durch eine Verfassungsänderung die Möglichkeit erhalten solle, ähnlich wie der amerikanische Präsident, seine Botschaften persönlich vor dem Parlament zu verlesen. Politische Beobachter erklärten dazu, daß de Gaulle offenbar die Beziehungen zwischen der Regierung und der Volksvertretung verbessern wolle. Die maßvolle und ausgleichende Rede Debrés wird als sicheres Anzeichen dafür gewertet.

Wie Berlin zur Weltstadt wurde

Die Geschichte der Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche

Die brutale Spaltung Berlins durch die SED hat jäh eine Entwicklung zerrissen, die sich über Jahrhunderte erstreckte und die dann im 20. Jahrhundert Krönung und Abschluß fand. Wer weiß noch, daß die alte Reichshauptstadt Berlin sich einst aus 94 Stadtgemeinden, Vororten und Gutsbezirken zusammensetzte, die dann in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg zur Einheitsgemeinde Groß-Berlin wurde. Ein außerordentlich prägnantes Bild hat Otto Büsch mit seiner „Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche“ gezeichnet (Walter de Gruyter & Co.). Mit dieser Darstellung wird eine Publikationsreihe der Berliner Historischen Kommission eröffnet; auf die weiteren Veröffentlichungen darf man gespannt sein.

Berlin war einstmals zum größten Produktions- und zugleich Konsumtionszentrum Deutschlands geworden. Nach seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur stellte Berlin in gleichem Maße die bedeutendste deutsche Industriestadt, wie Handels- und Handwerksstadt als auch Banken- und Börsenstadt dar. Weiterhin stand Berlin im deutschen Vervielfältigungsgewerbe an der Spitze. Es war ferner führend in der Schuh- und Lederindustrie, in der Möbelindustrie und in der Filmindustrie. Es gab hier 3000 Bankenerlassungen, in denen rund 50 000 Angestellte arbeiteten. Von den 11 Milliarden Mark des Kapitals der Deutschen Aktienbanken waren bei sieben Berliner Großbanken allein 8,6 Milliarden Mark zusammengekommen.

Beachtenswert ist vor allem die Tatsache, daß die Berliner Kommunalbetriebe, trotzdem einige städtische Unternehmungen Zuschußbetriebe waren, in der Summe alljährlich und selbst im Krisenhöhepunkt von 1932 mit einem Überschuß abschlossen, der die Voranschläge noch übertraf.

Nachdem im Jahre 1912 der Zweckverband Großberlin ins Leben gerufen war, zeigte sich die Notwendigkeit weiteren Zusammenschlusses. Ohne Bildung der Großberliner Einheitsgemeinde im Jahre 1920 wäre die moderne Entwicklung der Berliner Kommunalbetriebe in der Weimarer Epoche nicht denkbar gewesen.

Kommunalwirtschaftlich wurden betrieben u. a. Bezirkshauptbahnhöfe, Werkstätten und Bauhöfe, Märkte und Rats-

waagen, Krematorien, das Fernheizamt, Weinkellereien, Fähren, Leihämter, sogar eine Handwagenverleihung. Es ist nicht uninteressant, daß im Ostsektor sich heute noch ein Institut für Handwagenvermietung befindet.

Das waren aber nur die kleinen, die großen Betriebe waren Verkehrsbetriebe, Gaswerke, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Die wirtschaftliche Betätigung Berlins hatte in der Stadtverordnetenversammlung grundsätzliche Auseinandersetzungen zur Folge, denn eine private Konkurrenz war bei bestimmten Unternehmungen, z. B. bei der Berliner Anschaffungsgesellschaft, so gut wie ausgeschlossen, so daß der private Handel in eine Opposition gedrängt wurde.

Der Skandal um die Firma Sklarek, die einen Monopolvertrag für die Bekleidung der Hilfsbedürftigen besaß und betrügerisch mißbraucht hatte, führte zu Umbildungen. Die großen Versorgungsgesellschaften Gas, Wasser, Elektrizität setzten sich aber immer mehr durch, um so mehr, als auch hier eine soziale Tarifgestaltung zugunsten der gesamten Bevölkerung durchgeführt werden konnte.

Selbstverständlich gab es in der Übergangszeit, vor allem in den Inflationsjahren, auch große Schwierigkeiten. Das galt besonders für die Straßenbahn, die vorübergehend ihren Betrieb sogar einmal einstellen mußte.

Das Verkehrsproblem spielte eine besondere Rolle. Ernst Reuter hat einmal die Vereinheitlichung des Verkehrswesens eine der wichtigsten Voraus-

setzungen für die Weiterentwicklung der Berliner Wirtschaft genannt. Wie notwendig diese Vereinheitlichung war, das zeigte die Tatsache, daß es bei der U-Bahn neben einer Hoch- und Untergrundbahngesellschaft eine Nord- und Südbahn gab, dazu kamen die Schöneberger und Dahlemer Schnellbahnen.

Ebenso groß war der Wirrwarr bei der Eisenbahn, wenn wir uns noch erinnern an die Niederbarnimer Eisenbahn A.G., Königswusterhausen — Mittenwalde — Töpchiner Kleinbahngesellschaft, die Osthavelländische Kreisbahn A.G. und ähnliche Unternehmungen. Es brauchte langwieriger Verhandlungen, um diese kleinstädtischen Verhältnisse zu beseitigen.

Wer weiß noch um die Schwierigkeiten der Vereinheitlichung der Berliner Elektrizitätsversorgung? In der Berliner Innenstadt konnte die Verschiedenheit der Gebrauchs-Spannungen bis 1927 beseitigt werden, wogegen die letzten Umschaltungen auf dem gesamten Großberliner Gebiet erst bis 1934 zu bewerkstelligen waren. Wie lange hat es gedauert, bis die rauchspeienden Dampflokomotiven im Stadt-, Ring- und Vortortverkehr zugunsten moderner elektrischer Triebwagen verdrängt wurden? Welchen Nutzen die Vereinheitlichung und Rationalisierung hatte, zeigt die Tatsache, daß im Jahre 1928 die Gesteungskosten der Städtischen Gaswerke für je 1000 cbm Gas auf 41,— RM herabgesetzt wurden, während sie noch im Jahre 1924 71,— RM betragen. Ebenso senkten die Wasserwerke ihren Tarif bis zum Jahre 1925 von 21 Pfennig auf 15 Pfennig. Der Städtische Fleischgroßmarkt war mit einem eigenen Güterbahnhof die größte Anlage Europas.

★

Die städtischen Güter hätten allein den gesamten Gemüsebedarf der Berliner Bevölkerung decken können, wenn das Rieselend ausschließlich mit Gemüse bebaut worden wäre.

Fortsetzung auf Seite 7

Keine Gespräche mit Pankow

Gesamtdeutscher Sport durch Emblem-Anordnung erschüttert

Berlin (Eigenmeldung). Das Präsidium des Deutschen Sportbundes hat den Vorstand des Turn- und Sportbundes in der Sowjetzone ersucht, die Anordnung rückgängig zu machen, nach der Sportler der Sowjetzone bei Wettkämpfen in der Bundesrepublik das „Staats“-Emblem mit Hammer und Zirkel sichtbar an ihrer Sportkleidung zu tragen haben. Wenn dies nicht geschehe, werde das Präsidium seine Mitgliedsverbände und alle Turn- und Sportverbände in der Bundesrepublik bitten, künftig keine Gruppen aus der Sowjetzone mehr zu empfangen.

Das Ersuchen ist in einem Brief enthalten, den das Präsidium am Sonnabend auf einer Vorstandssitzung in Berlin schrieb und mit dem eine Ein-

ladung des Sowjetzonen-Sportbundes zu Besprechungen über die Erfahrungen bei den Olympischen Spielen beantwortet wird. In dem von Willy Daume unterzeichneten Schreiben heißt es, daß derartige Verhandlungen unter den gegenwärtigen Umständen wenig sinnvoll erschienen. Zu der Behauptung Pankows, daß eine solche Anordnung nicht bestehe, teilt der Deutsche Sportbund mit, er habe den Beweis dafür in Händen, daß die Anordnung bereits am 25. April 1960 erlassen, aber nicht veröffentlicht wurde. Es handle sich hierbei um eine gezielte politische Maßnahme, die den gesamtdeutschen Turn- und Sportverkehr aufs schwerste gefährde, heißt es in dem Schreiben.

Wie Berlin zur Weltstadt wurde

Fortsetzung von Seite 6

Auf den städtischen Riesefeldern gab es rund 200 000 Obstbäume, die hauptsächlich beste Sorten von Äpfeln und Birnen brachten; das Obst wurde an die Berliner Bevölkerung direkt abgesetzt.

Die Städtische Forstverwaltung erbrachte eine jährliche Nutzung von 70 000 bis 80 000 Festmetern, mit denen die Stadt, von der Faschine und Bohnenstange aufwärts bis zum wertvollsten Sägebock, die Einwohnerschaft zum Nutzen von Sägeindustrie, Baugewerbe, Technik, Handwerk, Handel und Hauswirtschaft aus eigenem Vermögen, und zwar auf den durch ihre Kürze billigsten Transportwegen versorgte.

Zahlreiche Probleme warf die Müllbeseitigung auf, vor allem war der Verbleib der Müllmengen problematisch. Soweit dieser Müll nicht zur Aufschüttung, Planierung und Meliorierung des Bodens verwandt wurde, mußte er auf Abladeplätzen untergebracht werden, die außerhalb der Stadt durchschnittlich 40 km von den Verladestellen entfernt waren. Infolge der außerordentlich gut funktionierenden Städtischen Straßenreinigung stand Berlin

im Rufe, eine der saubersten Städte der Welt zu sein.

★

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens wurde Außerordentliches geleistet, doch konnten alle ergriffenen Maßnahmen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anzahl der neugeschaffenen Wohnungen in allen Jahren geringer war als der Zugang an Wohnungsuchenden innerhalb des gleichen Zeitraums. Der Bevölkerungszustrom von auswärts, der in jedem Jahr der Weimarer Epoche Tausende von Menschen betrug, schuf in der Reichshauptstadt einen jährlichen Bedarf von etwa 40 000 neuen Wohnungen.

Die größere Bedeutung der Berliner Kommunalwirtschaft zeigt die Tatsache, daß etwa 200 000 Berliner direkt von den kommunalen Betrieben der Reichshauptstadt lebten.

Sehr bemerkenswert ist die Feststellung, die Büsch trifft, daß im Jahre 1932 die schwere Wirtschaftskrise in Berlin eigentlich schon überwunden war.

★

Es darf im übrigen nicht vergessen werden, daß nach der

Zonen-Sportfunktionär floh nach Österreich

Berlin (Eigenbericht). Der Präsident des sowjetzonalen „Deutschen Radsportverbandes“, Werner Scharch, ist zu seinem Bruder nach Österreich geflüchtet. Er war zehn Jahre lang an führender Stelle im Radsport der Zone tätig. Sein Verdienst war es, daß die Weltmeisterschaften im Radsport dieses Jahr in die Sowjetzone vergeben worden waren. In einem Presseinterview erklärte Scharch, er sei geflüchtet, „um dem unerträglichen politischen Druck des Zonenregimes auf die Sportler zu entweichen“. Seine Frau habe sich „aus politischen Gründen“ geweigert, ihm mit ihrem Kinde zu folgen.

Am 2. Oktober war es in Gütersloh zum Ausschluß der Zonenmannschaft bei einem Radrennen durch Ostwestfalen gekommen. Die Mannschaft hatte sich geweigert, das „Staatswappen“ von ihrem Sportdreß zu entfernen. Daraufhin hatte der Turn- und Sportbund der Sowjetzone verfügt, daß keine Mannschaft ohne dieses Wappen in der Bundesrepublik antreten dürfe. In einer adn-Meldung wurde jetzt erklärt, diese Anweisung sei von Bonn erfunten worden.

Machtgreifung die kommunalen Betriebe ihre versorgungswirtschaftlichen Aufgaben wie bisher erfüllten. Die große Epoche des Berliner Wirtschaftslebens in der ersten deutschen Demokratie ist auch in der Lage Berlins der Gegenwart von grundlegender Bedeutung geblieben. Die Leistungen des modernen Berlins in der Weimarer Aufbauperiode stellen trotz gewisser Unzulänglichkeiten ein Ruhmesblatt in der Wirtschaftsgeschichte Berlins dar. Ganz Berlin könnte heute in seinem systematischen Aufbau ein Vorbild sein, wenn nicht die verantwortungslose Spaltung durch die Sowjets der gesunden Entwicklung ein jähes Ende bereitet hätte.

K. B.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: Vor dem Amtssitz des französischen Staatspräsidenten de Gaulle gab es heftige Zusammenstöße der Polizei mit Demonstranten, die gegen de Gaulles Algerienpolitik protestierten. — Unten: Lebhafter Verkehr herrscht seit Eröffnung des zweiten Teilabschnittes auf dem Westberliner Stadtautobahnring.

